



Projektland: Albanien

Quartalsbericht: Januar bis März 2009

1. POLITIK

Innenpolitik:

- Strukturveränderungen im politischen System

Im Zeitraum Januar-März gab es keine Beschlüsse zur Strukturänderungen im politischen System. Nachdem die beiden größten Parteien des Landes PD (Demokratische Partei) und PS (Sozialistische Partei) im Zusammenhang mit den vorgenommenen Verfassungsänderungen bezüglich des Wahlsystems, im Einvernehmen das neue Wahlgesetz Ende des letzten Jahres beschlossen haben, wird erwartet, dass die politische Szene des Landes nach den Parlamentswahlen vom 28. Juni von den beiden Großparteien dominiert wird.

- Verfassungsänderungen

Es gab keine Verfassungsänderungen. Die einzige in Frage kommende Entwicklung betrifft die Annahme/Bestätigung des Schlussdokumentes über die Aufnahme in die NATO, was im Konsens zwischen den Regierungsparteien und der Opposition geschah. Dieses Abkommen sieht vor, dass die NATO Truppen jederzeit in das albanische Territorium reinkommen dürfen, wenn die Allianz einen entsprechenden Beschluss fasst. Laut der albanischen Verfassung hat bis jetzt das Parlament im Falle das ausländische Truppen durch das albanische Territorium fahren dürfen, bei jedem einzelnen Fall einen gesonderten Beschluss diesbezüglich gefasst. Das Parlament hat nun beschlossen, dass das Recht einen solchen Beschluss zu treffen, ab jetzt auch allein die Regierung haben kann. Aus zeitlichen Gründen hat der Gesetzausschuss geurteilt, dass man aus der Verfassung nicht den Passus streichen kann, wonach ein solches Recht nur dem Parlament anerkannt ist.

- Entwicklungen der politischen Parteien

Innerhalb der politischen Parteien gab es keine wichtigen Veränderungen. Man kann nur beobachten, dass verschiedene Koalitionen gebildet werden, das entsprechend der Vorwahlperiode für die Parlamentswahlen am 28. Juni. Auf dem rechten Lager beobachtet man eine große Koalition der rechten Parteien um die DP. Außerdem wurde auch eine neue rechte Bewegung namens "Poli i Lirisë" (Pol der Freiheit) gegründet, bestehend aus PDK (Christdemokratische Partei), die die Regierungskoalition verlassen hat, und der LZHK (Bewegung für nationale Entwicklung). Auch die Linken werden mit zwei Koalitionen bei den Wahlen auftreten: auf der einen Seite die SP mit ihren Alliierten PDS (Partei der Sozialen Demokratie), PSD (Sozialdemokratische Partei) und der jüngsten Partei G-99. Die andere linke Koalition besteht aus der LSI (Sozialistische Bewegung für Integration) und PSV-91 (Echte Sozialistische Partei -91, Nano Anhänger). Die kleineren Parteien versuchen derzeit

Koalitionen mit den großen Parteien zu schließen, weil nach dem neuen Wahlgesetz sie weniger Chancen haben, ins Parlament gewählt zu werden.

- Mögliche Wahlergebnisse

Die Veränderung des Wahlsystems von einem gemischten Mehrheitssystem zu einem regionalen Verhältnissystem bedingte die Veränderung des Wahlgesetzes bezüglich Einteilung der Wahlzonen. Statt 100 Wahlgebieten bei den vorigen Wahlen wird es bei diesen Wahlen 12 Wahlkreisen geben. Das machte die bisherigen Voraussagen, die sich auf die Wahlergebnisse der vorigen Wahlen stützen, ungültig. Die von Meinungsforschungsagenturen geführten Umfragen, wie Zogby und Gani Bobi, sind zu unterschiedlichen und wenig glaubhaften Ergebnissen gekommen.

- Regierungsumbildung

Wegen eines Sexskandals wurde der bisherige Kultur und Tourismus-Minister Ylli Pango vom Ministerpräsidenten Berisha des Amtes enthoben. Der Sexskandal wurde vom "Top-Channel" öffentlich gemacht.

- Entwicklung der politischen Parteien

2009 wird von beiden Lagern als Wahljahr betrachtet und dementsprechend wird auch innenpolitisch gehandelt. Die Regierung hat mehrere Gesetzesentwürfe zugunsten der ehemals politisch Verfolgten, der Lehrer und der Rentner vorbereitet, wohl auch mit dem Ziel so viele Stimmen, wie möglich bei diesen Schichten zu bekommen.

Die Opposition hat sich immer wieder kritisch in Bezug auf diese Gesetze ausgesprochen. Nur bei dem neuen Wahlgesetz, den Gesetzen zum Nato Beitritt und dem Gesetz zur Funktion der Staatsanwaltschaft waren die Regierung und Opposition einig.

- Die Haltung des Parlaments und seine politische Arbeit

In den letzten drei Monaten hat das Parlament die Gesetzespakete zum Beitritt Albaniens in die NATO verabschiedet. Die Verabschiedung dieser Gesetze wurde im Konzensus mit der Opposition durchgeführt. Im März wurde ein Gesetz zur Entschädigung der ehemals politisch Verfolgten verabschiedet. Die Opposition hat dieses Gesetz kritisiert, mit der Begründung durch das Gesetz würden auch solche Menschen entschädigt, die vom kommunistischen System als Kollaborateure bezeichnet wurden.

- Die Entwicklung des Rechtswesens

Das Parlament hat in dieser Zeit keine wichtigen Beschlüsse im Bereich Recht/Gesetzgebung verabschiedet. Offensichtlich ist aber der Druck der Regierungsparteien auf die Staatsanwaltschaft. Der Premierminister hat die Generalstaatsanwaltschaft öffentlich als „politische Partei“ beschimpft, nachdem die Generalstaatsanwältin Anklagen gegen zwei Kabinettsmitglieder der Regierung Berisha erhoben hat. In diesem Zusammenhang hat der Premierminister Berisha auch den Präsidenten des Landes kritisiert, der den Druck und die Versuche zur Einflussnahme auf die Staatsanwaltschaft gemahnt hatte. Im Mai haben die Anwälte des ex- Verteidigungsministers Fatmir Mediu Anklage gegen die Generalstaatsanwältin erhoben, wegen Bekanntgabe von Ermittlungsgeheimnissen an die Medien bezüglich Gerdec-Fall, Explosion eines Munitionsdepots in Gerdec, in der Nähe von Tirana.

In diesem Zeitraum haben sowohl der Oberste Justizrat als auch die Generalstaatsanwältin verschiedene Initiativen ergriffen um Probleme und Schwächen bei der Arbeit der Gerichte und der Staatsanwaltschaften im ganzen Land herauszustellen und um Wege zu finden diese zu beheben.

- Die Entwicklung der Medien

Am 9. Januar wurden von der Polizei die Redaktionsräume der Tageszeitung „Tema“ geräumt. Dort wurde die Firma, die die neuen biometrischen Identitätskarten vorbereitet, untergebracht. Zwischen der Zeitung und dem Wirtschaftsministerium gab es einen Mietvertrag für die Nutzung der dem Staat gehörenden Räumlichkeiten für einen Zeitraum von 20 Jahren. Die Polizei führte die Räumungsaktion durch, obwohl das Gericht Tirana diesbezüglich eine einstweilige Verfügung beschlossen hatte. Seit zwei Jahren gehört die Zeitung Tema zu den regierungskritischen Zeitungen des Landes. Die Polizeiaktion wurde auch von vielen Internationalen Organisationen verurteilt.

- Kriminalität und Korruption auf dem politischen Bereich

Wegen Korruption oder kriminelle Machenschaften wurde weder ein Minister, Abgeordnete oder Funktionäre angeklagt. Die Debatte über diese Probleme bleibt weiterhin auf dem Niveau der politischen Erklärungen und der politischen Erpressung. Es gab jedoch mehrere Fälle der Ermittlung und der Anklage wegen Korruption und sogar Geldwäsche gegen einigen Funktionäre zweiten Ranges.

- Außenpolitik:

Nach dem Nato Beitritt bleibt das Hauptziel der auswärtigen Politik die Integration in die EU. Die EU hat von Albanien verlangt den Antrag auf den Kandidatenstatus zu verschieben, weil der Augenblick nicht günstig ist.

Albanien hat sich nicht in sensiblen außenpolitischen Auseinandersetzungen eingemischt, wie z. B. die Reibungen zwischen Slowenien und Kroatien wegen der Grenze, was nicht nur die Aufnahme Kroatiens sondern auch Albaniens in die NATO in Frage stellen könnte. Albanien hat sich an den entsprechenden Debatten nicht teilgenommen.

Wegen seiner Politik zur Anerkennung Kosovos sind die Beziehungen zu Serbien nicht unbedingt auf dem besten Niveau. Trotzdem wurde neulich ein Kooperationsabkommen zwischen den Handelskammer Albaniens und Serbiens unterzeichnet. Ein solches Abkommen wurde auch mit dem Handelskammer des Irans unterzeichnet.

Auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik ist der Fokus z. Zt. auf die NATO gerichtet. Albanien wird nach der NATO-Aufnahme weitere Soldaten nach Afghanistan senden, insgesamt wird es dann dort 230 albanische Soldaten geben. Neben den im Irak stationierten Einheiten hat Albanien im Rahmen der NATO auch eine Soldateneinheit in den Tschad geschickt.

Albanien war aktiv bei der Durchführung regionaler Aktivitäten. In Tirana fand zuletzt auch der Crans Montana Forum statt mit dem Ziel regionale Wirtschaftsinitiativen mit den arabischen Ländern zu gründen. Auf diesem Forum nahmen viele Vertreter der arabischen Welt teil, u.a. der Energieminister Irans. U.a. wurde über den Gaspipeline NABUCO, und andere Energieprojekte bis zum Aufbau eines Kernkraftwerkes und die regionale Zusammenarbeit auf diesem Teil des Mittelmeerraumes diskutiert.

Albanien bemüht sich z. Zt. sehr um ausländische Investitionen, insbesondere auf dem Energiesektor. Nach dem Besuch Berlusconis wurde ein Milliardenvertrag zur Herstellung von

Windenergie in Vlora sowie zum Bau eines Wärmekraftwerkes abgeschlossen. Den meisten Profit aus diesen Investitionen wird Italien haben, weil 2/3 der erwarteten Energieproduktion für Italien bestimmt ist.

Die albanische Regierung wurde neulich Mitglied der Islamischen Corporation (Islamic Development Bank) als Folge der Mitgliedschaft des Landes an der Konferenz Islamischer Staaten. Im Mitgliedschaftsvertrag werden die wirtschaftliche Zusammenarbeit, verschiedene Investitionsprojekte sowie die Verfolgung einer gemeinsamen Politik im Interesse dieser Gemeinschaft vorgesehen. Die Islamic Development Bank wird einen Sonderstatus bei den Beziehungen Albaniens mit den anderen Mitgliedländern haben, sowie zuständig für den gesamten Finanzbereich sein.

Nertila Mosko

Tirana, 10.4.2009